

**Endbericht der wissenschaftlichen Begleitung des
Projekts „Entwicklung und Implementierung des
Konzepts Bildungsbegleiter*innen für die Verbesserung
des Bildungszugangs und der Teilhabechancen von
Kindern und jungen Erwachsenen aus Sinti- und Roma-
Familien“**

Bearbeitung	Prof. Dr. Dierk Borstel
Aktenzeichen	
Telefon/Fax	0231-9112-8925/-8925
Datum	18.12.2022
Seite	1

1. Einleitung

Mit der Osterweiterung der Europäischen Union verstärkte sich eine Zuwanderung von Menschen vor allem aus Rumänien und Bulgarien in die westlichen Länder der Gemeinschaft. Dank der Freizügigkeitsregelung spielen aufenthaltsrechtliche Fragen dabei nur noch eine untergeordnete Rolle. Probleme treten eher angesichts der rudimentären europäischen Sozialunion auf. Viele dieser zugewanderten Menschen entfliehen in ihren Heimatländern Situationen expliziter Armut einerseits und andererseits oft auch explizit antiziganistisch begründeten und diese Menschen bewusst diskriminierender Strukturen und Kulturen.

Das Ruhrgebiet ist seit mehreren Jahren ein Ankunftsart für diese Menschen (Vgl. Leggewie 2020). Während die Pushfaktoren primär Armut und Antiziganismus (Vgl. dazu Klein 2017) sind, kommen hier als wesentliche Pullfaktoren familiäre Verbände vor Ort sowie die gute Erreichbarkeit hinzu. Die Menschen fliehen, sie kommen aber auch mit der Hoffnung auf Arbeit, Sicherheit und ein menschenwürdiges Leben im Westen an.

Anders als bei Geflüchteten haben diese Menschen nur reduzierte Zugänge zum deutschen Sozialsystem und unterliegen nicht den Asylregelungen. Für sie gelten vor allem und mit Ausnahmen wie dem Kindergeld die sozialstaatlichen Regelungen der Heimatländer, die jedoch kaum entwickelt sind, und vor allem neoliberalen Logiken unterworfen sind (Vgl. Ther 2016). In der Folge blieben wesentliche Integrationsmaßnahmen aus, die diese Menschen früh aufgefangen und so gefördert hätten, dass eine Integration z. B. im Sinne Heitmeyers (Vgl. Heitmeyer/ Anhut 2000) leichter erfolgt wäre.

In öffentlichen Diskursen tauchen diese Menschen vor allem als Problemträger auf. Konflikte z. B. rund um Immobilien, die Sauberkeit im Wohnumfeld aber auch im Kontext von Schulen wurden mittlerweile beschrieben und analysiert (Vgl. u.a. Geiges u.a. 2017). Unterentwickelt ist jedoch noch ein lösungsorientierter Diskurs, der in den zugewanderten Menschen nicht allein Problemträger sieht, sondern auch deren Ressourcen und Stärken entdeckt, fördert und für ein gemeinsames Zusammenleben aktiviert. Als Schlüssel für eine solche Strategie wurden neben allgemeinen Hinweisen zur Notwendigkeit (formaler) Bildung (Vgl. Scherr/ Sachs 2018) wiederholt Selbstorganisationen

Postfach 10 50 18
44047 Dortmund

Gebäude:
Emil-Figge-Straße 44
44227 Dortmund
Telefon +49-231-9112-0
Telefax +49-231-9112-4911
Zentralfax
+49-231-9112-9313
www.fh-dortmund.de

Verkehrsverbindungen:
S1, Buslinie 447:
Haltepunkt Universität
462 Haltepunkt:
Emil-Figge-Straße

Bankverbindung:
Sparkasse Dortmund
IBAN
DE27440501990001309625
BIC DORTDE33XXX

Finanzamt Dortmund
St.-Nr.: 314/5700/0026

USt.-Id.Nr.:
DE 124 716 401

E-Mail:
dierk.borstel@fh-dortmund.de

genannt, die sich aus den Communities bilden und eine Brücke zwischen Mehrheitsgesellschaft und der zugewanderten Minderheit bauen können (Vgl. u.a. Reimer 2020).

Seit Jahren wächst dabei die Zahl der aus Südosteuropa zuwandernden Menschen im Ruhrgebiet kontinuierlich. Insbesondere für Sinti- und Roma-Familien ist das Leben hier mit vielen Herausforderungen verbunden. Aber auch Kommunen und Bildungseinrichtungen sind herausgefordert, wenn sie den Kindern und Jugendlichen ein gutes Bildungsangebot machen und ihnen Teilhabe und Bildungserfolg ermöglichen wollen. Es braucht ein gemeinsames Vorgehen.

Dortmund, Gelsenkirchen, Gladbeck und Castrop-Rauxel erarbeiteten im Jahr 2020 einen Lösungsansatz, der in der Maßnahme „Entwicklung und Implementierung des Konzepts Bildungsbegleiter*innen für die Verbesserung des Bildungszugangs und der Teilhabechancen von Kindern und jungen Erwachsenen aus Sinti- und Roma-Familien“ mündete. Diese wurde von RuhrFutur begleitet und unterstützt.

RuhrFutur ist eine Bildungsinitiative, die von der Stiftung Mercator, dem Land NRW, dem Regionalverband Ruhr, sechs Städten und einem Kreis sowie sieben Hochschulen getragen wird. Ihr Ziel ist es, das Bildungssystem chancengerechter und leistungsfähiger zu gestalten. Alle Kinder und jungen Menschen müssen die gleichen Chancen auf Bildungserfolg haben, unabhängig von ihrer Herkunft. RuhrFutur arbeitet nach dem Ansatz von Gemeinsam Wirken (Collective Impact) und vernetzt Bildungsakteur*innen aus frühkindlicher Bildung, Schule und Hochschule, um Ergebnisse zu erzielen, die sie allein nicht erreichen könnten.

Das Konzept der Bildungsbegleiter*innen sah vor, solche Jugendliche und junge Erwachsene aus Sinti- und Roma-Familien zu identifizieren, die Interesse an einer beruflichen Qualifikation zeigten. Deren gezielte Förderung sollte über kommunale Bildungsträger in Dortmund, Gelsenkirchen, Gladbeck und Castrop-Rauxel stattfinden, um so den Anschluss an den bildungsbezogenen Arbeitsmarkt zu erhalten. Die qualifizierten Bildungsbegleiter*innen sollten dann weitere Familien in ihrer Community unterstützen und Anreize für eine frühzeitige Anmeldung von Kindern bei kommunalen Bildungsanbietern (z.B. Kindertagespflege, Kita) schaffen.

Fachkräfte und Multiplikator*innen in den Kommunen sollten Fortbildungen zur interkulturellen Sensibilität sowie Transkulturalität und Antiziganismus erhalten. Ein wichtiges Ziel war der Auf- und Ausbau inner- und interkommunale Strukturen, die dem engen Austausch zwischen den Akteur*innen der Maßnahme dienen und langfristig Bestand haben sollten. Die Fachhochschule Dortmund hat die Maßnahme wissenschaftlich begleitet.

2. Auftrag und Umsetzung der wissenschaftlichen Begleitung

Zwischen der Fachhochschule Dortmund (FH) und der RuhrFutura gGmbH wurde eine wissenschaftliche Begleitung und keine wissenschaftliche Evaluation vereinbart. Für die Rolle der FH bedeutete dies:

- Das Projektteam der FH verstand sich als Partner und nicht als Kontrollinstanz der Maßnahme.
- Die Begleitung erfolgte flexibel je nach Wandlung der Maßnahme und nicht starr an vor dem Projektstart festgelegten Plänen und Kriterien.

Konkret bedeutete dies:

- Zu Beginn der Maßnahme gab es ein umfassendes Interview mit den Mitgliedern des Leitungsteams über deren Ziele und Verständnisse der Maßnahme.
- Das Projektteam nahm an diversen internen Gesprächen der Leitungs- und Begleitgruppen auch aktiv teil. Die Gespräche wurden intern protokolliert und sind Grundlage dieses Berichtes.
- Das Projektteam bemühte sich um verlässliche Kontakte mit kommunalen Partner*innen der Maßnahme und bot regelmäßig Beratungen, Begleitungen oder andere Formen der Unterstützung an. Auf diese Angebote wurde wiederholt hingewiesen.
- Das Projektteam kooperierte und arbeitete eng mit der Hildegard Lagrenne Stiftung zusammen, suchte und fand so Hilfe und Unterstützung bei einer der relevantesten Selbstorganisationen im Arbeitsfeld.
- Aus dem Projektteam wurden eigene Fortbildungs- und Informationsangebote (Podcasts) für eine interessierte Öffentlichkeit entwickelt.
- Mit dem Projekt „Integrationslotsinnen und -lotsen“ der AWO Gelsenkirchen wurde ein Modellprojekt „guter Praxis“ identifiziert, mit deren Hilfe eine Befragung von zugewanderten Menschen aus Rumänien und Bulgarien in Gelsenkirchen stattfinden konnte. Die Ergebnisse sind Teil dieses Berichtes.

Alle Treffen, Interviews und inhaltlichen Gespräche wurden in wesentlichen Verläufen und Ergebnissen protokolliert. Sie stellen die eine Basis dieses Berichtes dar. Die andere Basis sind die Ergebnisse der Untersuchung in Gelsenkirchen, die wesentliche Rückschlüsse auf das Projektvorhaben zulassen. Ergänzend wurde auf relevante Forschungsliteratur zurückgegriffen.

Der Bericht basiert somit auf einer rekonstruktiven Prozessbeschreibung und entwickelt darauf aufbauend empirische und theoretische Aussagen, die in Thesenform formuliert werden und einer Diskursanregung zur Weiterentwicklung von Maßnahmen, Netzwerken und Projektansätzen im Themenfeld dienen sollen.

Der Begleitzeitraum umfasste die Jahre 2021 und 2022. Wesentliche Maßnahmen des Projektes sollten bereits 2021 stattfinden. Die Coronapandemie erschwerte jedoch den Projektstart und die Durchführung erheblich. Reale Kontakte mussten zunächst minimiert werden und die vertrauensbildenden Maßnahmen der Netzwerkgestaltung in digitalen Räumen stattfinden. So tauchten schon zu Beginn der Maßnahme folgende Erschwernisse auf:

- Ein Teambuilding der beteiligten Partner*innen in den Kommunen blieb weitgehend aus.
- Der Kontakt zur Zielgruppe konnte online nicht erfolgen. Ein Umweg über Videos, die von der Hildegard Lagrenne Stiftung zur Verfügung gestellt wurden, für die Teilnahme an der Maßnahme warben und über kommunale Verteiler gestreut werden sollten, fand statt, blieb aber weitgehend ohne Erfolg und Resonanz in der Zielgruppe.
- Vor allem zu den kommunalen Partner*innen gelang es dem Projektteam der FH nur in Ausnahmefällen eine tatsächliche vertrauensvolle Ebene der Zusammenarbeit herzustellen.

Der Start der Maßnahme fand somit unter denkbar ungünstigen Voraussetzungen statt. In kaum einem Arbeitsfeld wären der Aufbau von gegenseitigem Vertrauen so wichtig gewesen wie hier und hätte folgende Ebenen umfassen müssen:

- Zwischen Leitung der Maßnahme und den kommunalen Partner*innen
- Zwischen kommunalen Partner*innen und der Zielgruppe der Maßnahme
- Zwischen Leitung der Maßnahme, den kommunalen Partner*innen und relevanten Selbstorganisationen im Feld
- Zwischen dem Projektteam der FH und allen anderen Beteiligten

Trotz vielfacher Bemühungen insbesondere von Seiten der Leitung der Maßnahme konnten die u.a. auch pandemiebedingten Nachteile zu keinem Zeitpunkt vollständig ausgeglichen werden. Erschwerend hinzu kamen in mehreren kommunalen Standorten auch langfristige Personalausfälle bzw. z.T. mehrfache personelle Neu- und Umbesetzungen im Maßnahmenzeitraum, die

den Aufbau tragfähiger Arbeitsstrukturen für die Maßnahme zusätzlich erschweren und z. T. auch unmöglich machen.

3. Ergebnisse

Die Ergebnisse der Projektbegleitung werden in drei größeren Blöcken präsentiert. Zu Beginn werden allgemeine Aussagen getroffen, die auf einer vergleichenden Rekonstruktion der Prozesse in der Maßnahme und in den Kommunen beruhen. Einen zweiten Schwerpunkt nimmt der Standort Gelsenkirchen ein. Dort konnte über einen Ansatz der örtlichen AWO der Zugang zur Zielgruppe sichergestellt werden, der in einer Befragung mündete, deren zentrale Ergebnisse Teil dieses Berichtes werden. Daraus werden besondere Informationsbedarfe abgeleitet, auf die im dritten Ergebnisteil noch mal gesondert eingegangen werden soll.

3.1. Allgemeine Ergebnisse

Die Maßnahme war ein Angebotspaket aus der Mehrheitsgesellschaft für Angehörige einer gesellschaftlichen Minderheit. Entsprechende Initiativen sind einerseits zu begrüßen, bedürfen aber auch einer besonderen Sensibilität in der Umsetzung.

Ein vertrauensvoller Zugang ist ein essenzieller Bestandteil und eine große Herausforderung zugleich, wenn es um Projekte der Mehrheitsgesellschaft „für“ die Angehörigen der Minderheit geht. Angehörige der Minderheit sind häufig aufgrund ihrer Erfahrungen von Ausgrenzung und Diskriminierung, sowie sozialer Benachteiligung mit einem Misstrauen gegenüber mehrheitsgesellschaftlichen Institutionen ausgestattet. Wie kann man diesem „Misstrauen“ und negativem Erfahrungsschatz nun entgegenwirken?

Expert*innen wie Mihaela Zatreanu und Christoph Leucht betonten in den Sitzungen der Maßnahme, dass es für die Akteur*innen wichtig sei, sich zunächst mit der „Innenperspektive“ der Zielgruppe auseinanderzusetzen. Eine Sensibilisierung besonders hinsichtlich der Heterogenität und Kultur von Roma und Sinti, geschichtliche Hintergründe (Vgl. z. B. Benz 2014) sowie Diskriminierungserfahrungen und Antiziganismus seien unabdingbar für ein Gelingen des Projektes. Dies sei eine zentrale Voraussetzung für ein gelingenden Zugang.

Eine zweite Voraussetzung sei eine Veränderung üblicher Erwartungen an die Zielgruppe. Oft werde eine Bringschuld der Minderheit erwartet: sie solle wohlmeinende und gute Angebote annehmen, um so ihre Lage und Situation zu verbessern. Eine solche Erwartung an eine „Kommstruktur“ verkennt jedoch die Hürden dieser Minderheit, die u.a. gekennzeichnet sind durch

Stigmatisierungen und Diskriminierungen. Aus der Diskriminierungsforschung ist bekannt, dass zu den typischen Umgangsformen mit Diskriminierungen gehört, sich einerseits in die eigenen Gruppen zum eigenen Schutz zurückzuziehen und sich andererseits zu bemühen, möglichst unerkant zu bleiben, indem z. B. auch reale Bedürfnisse wahlweise relativiert oder sogar gänzlich negiert werden (Vgl. Scherr/ Breit 2020). Die Erwartung aus der Mehrheitsgesellschaft, Mitglieder der Minderheit sollten somit offensiv auf die Angebote der Maßnahme zugehen und „ihre Chancen nutzen“, verkennt die Ausgangslage der Zielgruppe und wird in der Regel enttäuscht.

Dies führt wiederum schnell zu der These, die Mitglieder der Minderheit seien an einer Integration in die gesellschaftlichen Systeme nicht wirklich interessiert und würden ihren Mitwirkungspflichten nicht nachkommen bzw. ihre Chancen nicht nutzen. Auch dieser Prozess ist z. B. aus der Forschung zu Menschen in der Wohnungslosigkeit bekannt und führt auch dort zu Enttäuschung wohlmeinender Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft und neuen Stereotypen gegenüber der Minderheit (Vgl. Sonnenberg 2020). In beiden Fällen wird das Zusammenspiel aus Lebenswelt und -lage dieser Menschen nicht genügend berücksichtigt und dadurch falsche Erwartungen entwickelt, die dann enttäuscht werden und so zu einer neuen negativen Annahme über diese Minderheit führen. Es ist somit ein sich selbst reprozierendes System, was im Sinne einer „guten Praxis“ durchbrochen werden muss.

Ein Ansatz wäre die direkte Ansprache der Zielgruppe der Maßnahme in ihrer vertrauten Umgebung gewesen. Darüber bestand im Rahmen der Maßnahme auch weitgehender Konsens. Gelungen ist sie jedoch nicht, was einer der Gründe dafür war, warum sich die meisten Kommunen aus der Maßnahme zurückzogen. Im Maßnahmezeitraum gab es mehrere sich gegenseitig verstärkende Begründungen, die die unmittelbare Kommunikation in den meisten Kommunen der Maßnahme verhinderten. Dazu gehörten:

- Die pandemiebedingten Beschränkungen der Kommunikation, die Vor-Ort-Besuche deutlich erschwerten. Versuche der Onlineansprache z. B. über die bereits erwähnten Werbevideos führten nicht zum erhofften Erfolg. Die Hürden waren zu hoch und konnten online nicht überbrückt werden.
- Die sprachlichen Hürden.
- Die kulturellen Hürden, Unsicherheiten und Ängste bei Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft in den beteiligten Kommunen bei der Kontaktaufnahme mit Mitgliedern der Minderheit, die vereinzelt auch in den Sitzungen der Maßnahme offen angesprochen wurden.
- Die organisatorischen Hürden. Aufsuchende Arbeit ist schwieriger und aufwändiger als übliche Maßnahmen kommunaler Verwaltung, die

eher auf ein „Kommstruktur“ ausgerichtet sind und – wie eingangs beschrieben - Mitwirkungen verlangen und erwarten, die in diesem Fall nicht erfüllt werden konnten.

Aus der Forschung sowie von den erwähnten Feldexpert*innen ist bekannt, dass Selbstorganisationen eine kommunikative Brücke zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten bauen können. Entsprechend unterstützte die Leitung der Maßnahme auch die Integration insbesondere der Hildegard Lagrenne Stiftung in das Maßnahmenetzwerk. Diese wiederum entwickelte (selbst finanziert) Videos für die Zielgruppe und bot eigene Workshops an bzw. empfahl auch andere Angebote weiterer Expert*innen. So entwickelte z. B. Mihaela Zatreanu eine Angebotspalette für kommunale Partner*innen, die jedoch in der Praxis nicht abgerufen wurde, wofür unterschiedliche und in sich widersprüchliche Ursachen ausgemacht wurden. Auch gelang es in den beteiligten Kommunen – mit Ausnahme von Gelsenkirchen – nicht, regionale Ansätze von Selbstorganisationen in die Maßnahme so zu integrieren, dass ein belastbarer kommunikativer Zugang zur Zielgruppe hätte aufgebaut werden können.

Dies führte in der Konsequenz dazu, dass sich mit Ausnahme von Gelsenkirchen die beteiligten Kommunen aus der Maßnahme nach und nach verabschiedeten und somit die Ziele der Maßnahme nicht erreicht wurden. Von kommunaler Seite wurde in den Gesprächen übereinstimmend das Problem der fehlenden bzw. schwierigen Kontaktaufnahme artikuliert. Dies galt auch für die Kommunen, in denen andere Maßnahmen zum Themenfeld durchgeführt werden. Letztendlich gelang es dadurch nicht, Interessierte für die Maßnahmenidee zu gewinnen, so dass es – mit Ausnahme eines Ansatzes in Dortmund, der noch vorgestellt werden wird - auch keine Prozesse der Qualifizierung und Ratifizierung gab.

Fortbildung und Lehrveranstaltungen anstelle direkter Kommunikation

An die Stelle der direkten Kommunikation zum Aufbau eines Netzwerkes zur Umsetzung der Maßnahmenschritte und -ziele wurden z. T. Fortbildungen für Mitarbeitende in den Kommunen vorgeschaltet. Angesichts der oben skizzierten mehrdimensionalen Hürden beim Aufbau der Netzwerke erscheinen solche Sensibilisierungen und Aufklärungen sinnvoll. Überlegenswert wären jedoch Verschiebungen des Erwerbs und der Vermittlung von interkulturellen zu transkulturellen Kompetenzen. Nicht kulturelle Differenzen sollten in diesen Veranstaltungen betont werden, sondern Wege der gemeinsamen Gestaltung des kommunalen Umfeldes

aufgezeigt werden. Für zukünftige Maßnahmen könnte eine entsprechende vorgeschaltete Fortbildung aller Beteiligten ein sinnvoller Ansatz werden. Unverzichtbar bleiben jedoch auch Grundkenntnisse über Geschichte, kulturelle Hintergründe, Ursachen und Ausformungen des Antiziganismus sowie Lebenslagen- und Lebenswelten der Menschen. An der FH Dortmund konnten aufbauend auf der Kooperation in dieser Maßnahme mit der Hildegard Lagrenne Stiftung regelmäßige Seminare zum Thema im Lehrplan des Studiengangs „Soziale Arbeit“ angeboten und durchgeführt werden. Dies dient dem langfristigen Ziel der Sensibilisierung sowie Ausbildung zukünftiger Fachkräfte zum Themenfeld.

Mikroprojekte und eigene kommunale Ansätze jenseits der untersuchten Maßnahme

Explizit nicht Gegenstand dieser wissenschaftlichen Begleitung war die Analyse oder Beobachtung kommunaler Maßnahmen zum Thema jenseits der begleiteten Maßnahme der RuhrFutur gGmbH. Sowohl in den unmittelbaren Austauschgesprächen im Rahmen der Maßnahmen als auch in den Gesprächen der Mitarbeiter*innen der FH mit kommunalen Partner*innen wurde auf „eigene“ kommunale Mikroprojekte wie auch kommunale Strategien zum Thema hingewiesen. Zwei Beispiele sollen dafür genannt werden:

Beispiel 1: Gladbeck

Beispielhaft kann dafür Gladbeck genannt werden. Auch dort konnten die ursprünglichen Ziele dieser Maßnahme nicht erreicht werden. Als Hauptgründe wurden auch dort die Coronapandemie und der fehlende Zugang zur Community genannt. Es entstanden durch EHAP und das Landesförderprogramm Südosteuropa (SOE) jedoch nennenswerte Mikroprojekte, um die gesellschaftliche Teilhabe und Integration zugewanderter Personen aus Südosteuropa zu fördern. So wurde im Stadtteil Gladbeck-Butendorf ein „Walking-Bus“ installiert, um Kindern und Jugendlichen den Schulweg zu erleichtern und Schulabstinz entgegenzuwirken. Das Angebot wurde von vielen Mieter*innen in der Steinstraße angenommen und auch die umliegenden Schulen merkten an, dass der „Walking-Bus“ positive Effekte mitbringe. Des Weiteren hat die Stadt in der Steinstraße eine Wohnung gekauft, um Akteur*innen der Sozialen Arbeit dorthin zu bringen, wo sie benötigt würden. So fänden in der Wohnung beispielsweise türkisch/bulgarisch sprachige Beratungen statt. Hauptthematiken seien niederschwellige Sozialberatungen. Die Bewohner*innen würden dabei unterstützt, Anträge auszufüllen und den

Zugang zum Schulsystem zu finden. Einen guten Zugang habe man besonders durch die Sprache erhalten, sowie der Arbeit direkt vor Ort.

Ziele der Mikroprojekte seien u.a.:

- Die Verbesserung der Bildungssituation neuzugewanderter Personen aus Südosteuropa
- Schulabstinz von Kindern und Jugendlichen verringern
- Allgemeine Beratungsangebote und Unterstützungen in Alltagsangelegenheiten
- Mieterführerschein (Rechte und Pflichten eines Mieters)

Beispiel 2: Dortmund

Im Gegensatz zu anderen Kommunen lag zum Umgang der Bildungsinstitutionen mit der Einwanderung aus Südosteuropa für Dortmund bereits eine ausführliche Analyse von Cudak (Cudak 2017) vor. Akteur*innen des Jugendamtes Dortmund, des Jobcenters, der AWO-Unterbezirk Dortmund, Dobeq GmbH, GrünBau gGmbH bildeten eine kommunale Arbeitsgruppe zum vorliegenden Projekt. Leider konnten auch in Dortmund trotz engagierter Zusammenarbeit die ursprünglichen Ziele dieser Maßnahme nicht erreicht werden. Es wurde jedoch ein wichtiges Zwischenziel, die Erarbeitung eines Qualifizierungskonzeptes erreicht, welches als Grundgerüst für künftige Bildungsbegleiter*innen stehen könnte. In regelmäßigen Konferenzen wurde ein besonderer Schwerpunkt auf die Erarbeitung eines Qualifizierungskonzeptes der künftigen Bildungsbegleiter*innen gelegt. Dieses Vorhaben stellte sich als besonders komplex und zeitaufwändig heraus. Es wurden bereits existente Qualifizierungskonzepte der Bildungsmediator*innen, sowie der Integrationshilfe zur Orientierung herangezogen, um für die begleitete Maßnahme ein (zertifiziertes) Konzept zu entwickeln. Die Dobeq GmbH entwickelte im Projektzeitraum ein Qualifizierungskonzept, welches aktuell noch nicht zertifiziert wurde/werden konnte.

Qualifizierung von Mitarbeiter*innen

Wie bereits angesprochen, sollte die Sensibilisierung von Akteur*innen und ein Auseinandersetzen mit der Zielgruppe besonders in den Blick genommen werden, um u.a. einen gelingenden Zugang anzustreben. In der Stadt Dortmund wurden durch die RuhrFutur gGmbH und das Jugendamt Dortmund, Akteur*innen und Interessierte eingeladen, sich mit dem Anti-Bias-Ansatz

(Vorurteilsreflektierte Pädagogik) in einem Online-Seminar auseinander zu setzen.

Der Anti-Bias-Ansatz stellt eine Gesellschaft, in welcher alle Mitglieder die gleichen Teilhabe- und Gestaltungsmöglichkeiten haben in den Fokus. Der Ungleichverteilung, oder auch „Schiefelage“ (Bias) der Teilhabe- und Partizipationsmöglichkeiten zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten soll auszugleichen bzw. entgegenzuwirken, gilt als Leitidee des Anti-Bias-Ansatzes. Kurzgefasst: Alle Mitglieder einer Gesellschaft, sollen die gleichen Teilhabechancen haben und frei von Diskriminierung leben. (vgl. Gramelt 2010, S. 195f)

Das Online-Seminar: „Bist du so wie ich dich seh'?! - Vorurteilsreflektierte Pädagogik zur Stärkung einer diversitätsreflektierten Haltung“, Referent Birol Mertol (FUMA Fachstelle Gender & Diversität) konnte den Teilnehmenden Ansätze zur Arbeit mit diskriminierten Menschen geben und wurde von Teilnehmenden als besonders aufschlussreich und bereichernd auch in Hinblick auf die Projektzielgruppe Roma und Sinti beschrieben.

Des Weiteren lud die Integrationsagentur der AWO UB Dortmund in Kooperation mit safe space e.V., Carmen e.V., Stadt Dortmund und SJD – Die Falken UB Dortmund zur Fachtagung „Kinderarmut bekämpfen- Kinderrechte stärken- Chancengerechtigkeit herstellen- Ansätze für die pädagogische Arbeit“ ein. Zur Veranstaltung wurden u.a. Akteur*innen aus den Selbstorganisationen save space e.V. und Carmen e.V. eingeladen. Expertin und Sinteza Frau Roxanna-Lorraine Witt (Vorsitzende und Mitgründerin von save space e.V) erreichte die Teilnehmenden mit Ihrem Vortrag zur „Kinderarmut als realpolitische Wirklichkeit von Rom:nja und Sinte:zze“ und gab Einblicke in die (realpolitische) Wirklichkeit von weiblichen Romnja und Sintezee.

Die Impulse, welche im Anschluss durch Workshops und Praxisbeispiele -auch durch die Selbstorganisation Carmen e.V. gesetzt wurden, boten den Teilnehmenden die Möglichkeit Einblicke in die Lebenswirklichkeit von Betroffenen teilzuhaben und gemeinsame Gestaltungsmöglichkeiten aufgezeigt/herausgestellt. Das Auseinandersetzen mit Antiziganismus und Diskriminierungserfahrungen aus „erster Hand“ wurden als besonders bereichernd benannt.

Neben der begleiteten Maßnahme der RuhrFutur gGmbH entstanden Projekte und kommunale Strategien, welche einen besonderen Blick auf Zielgruppe Roma und Sinti, sowie neuzugewanderte Menschen aus Süd-Osteuropa legen. Beispielhaft kann hier das wohnortnahe Bildungsangebot „Kinderstuben“ – ebenfalls angeleitet von der RuhrFutur gGmbH - genannt werden. Das Konzept der Kinderstuben wurde bereits im Jahr 2008, in Kooperation zwischen FABIDO (Familienergänzende Bildungseinrichtungen für Kinder in Dortmund) und einer Grundschule in der Dortmunder Nordstadt entwickelt, sowie umgesetzt. In den

mittlerweile acht FABIDO-Kinderstuben in Dortmund, werden Kinder im Rahmen der Kindertagespflege betreut. Die Eltern haben im Nachmittagsbereich die Möglichkeit an sozialpädagogischen Unterstützungsangeboten teilzunehmen, um so bspw. die individuelle Förderung der Kinder und Erziehungskompetenzen zu stärken, sowie Kontakte zu knüpfen.

Das tägliche Angebot richtet sich besonders an Kinder von 1 bis 4 Jahren und Eltern, deren Muttersprache nicht deutsch ist. Die Kinderstuben sind fest in städtischen Quartieren integriert und verfolgen u.a. folgende Ziele:

- Individuelle Förderung mit Schwerpunkten wie Sprache, Bewegung, Kreativität und Umwelterfahrung
- Anregungen und Stärkungen der Lernfreude
- Förderung des sozialen Miteinanders
- Vereinfachter Übergang und Begleitung von Kinderstuben in Kindertageseinrichtungen/Schulen

Die Kinderstuben haben sich in Quartieren etabliert und wurden durch das Landesförderprogramm Südosteuropa (SOE) durch 3 weitere SOE-Stuben erweitert. Auch in den SOE-Stuben werden Kinder mit Fluchterfahrungen betreut, sowie deren Eltern unterstützt. Erzieher*innen und Heilpädagog*innen bieten neben dem Betreuungs- und Förderangebot für Kinder, auch niederschwellige Angebote wie bspw. Mehrsprachiges Büchercafé und Beratungen an. Das Thema Vertrauensarbeit wird hier ebenfalls besonders in den Blick genommen. So haben bspw. einige Fachkräfte rumänisch gelernt, um Sprachbarrieren zu brechen und hinsichtlich der interkulturellen Kompetenz fortgebildet. Die SOE-Stuben stärken und unterstützen die Teilhabe und Integration von Kindern aus Südosteuropa lokal und bedarfsorientiert. Das Förderprogramm wurde bis 2022 angesetzt. Eine Regelfinanzierung über 2022 hinaus, konnte leider nicht bestätigt werden.

3.2 Modell Gelsenkirchen

Im Laufe des zweiten Projektjahres kristallisierte sich das Modell der Integrationslotsinnen und -lotsen der AWO Gelsenkirchen zunehmend als mögliche „gute Praxis“ heraus, die jedoch nicht mehr genutzt werden konnte, um die eigentlichen Projektziele doch noch zu verfolgen. Das Projekt zeigt jedoch, wie der Zugang gelingen kann und ermöglichte eine Befragung der Zielgruppe, so dass auch Aussagen zu deren Perspektiven getroffen werden konnten.

Integrationslotsinnen und -lotsen

Integrationslotsinnen und -lotsen sind Menschen, die eigene biographische Erfahrungen mit der Migration aus Rumänien oder Bulgarien gemacht haben. Seit mehreren Jahren bietet die AWO Qualifizierungen und Fortbildungen für Interessierte an. Der Anfang erfolgte über persönliche Kontakte, indem AWO-Mitarbeiter*innen regelmäßig vor Ort bei den Immobilien und Wohnungen waren und dort für Beratungen und niedrigschwellige Begegnungsmöglichkeiten und Feste in der Nähe warben. Das Beispiel zeigt, dass Kommunikation durchaus möglich ist, aber aufsuchend, sensibel und langfristig angelegt sein muss, um erfolgreich sein zu können.

Die Integrationslotsinnen und -lotsen „begrüßen“ jede Person und/ oder Familie, die neu nach Gelsenkirchen kommt. Dies erfolgt über Hausbesuche zusammen mit Kolleg*innen des Ordnungsamtes. Die Integrationslotsinnen und -lotsen sprechen rumänisch und/ oder bulgarisch und können damit unmittelbar Vertrauen aufbauen und das Gespräch suchen. Bei dem Besuch wird Allen Hilfe im Alltag, bei Behördengängen oder sonstigen Fragen angeboten. Es gibt aber auch eine Aufklärung über deren Rechte und Pflichten in Deutschland insgesamt aber auch gezielt in der Hausgemeinschaft bzw. der Nachbarschaft. Sie werden über diese Rolle zu sogenannten Viertelgestalter*innen (Vgl. Klatt/ Walter 2011, S. 188ff).

Die Integrationslotsinnen und -lotsen verstehen sich dabei als vertrauensbildender Brückenkopf sowohl in Richtung Sozialer Arbeit als auch in Richtung staatlicher Behörden. Sie vermitteln, stellen die Kontakte her und vereinbaren nötige Termine, sind aber selbst nicht die Fachkräfte, die sich z. B. um Anträge, Wohnungs- oder Arbeitssuche kümmern könnten. Auf kommunaler Ebene sind sie somit eine Selbstorganisation unter dem Dach der AWO und werden von ihr unterstützt und qualifiziert.

Die Erfahrung der Beteiligten zeigt, dass die kommunikativen Hürden mit dem Projekt deutlich abgebaut werden konnten. Auch die Fachkräfte der AWO erhalten so einfacher Zugang z. B. zu Hausgemeinschaften, werden häufiger bei Problemen gerufen und ihre Angebote z. B. zur alltäglichen Begegnung werden erkennbar häufiger angenommen. Das Projekt bestätigt somit einmal mehr die Bedeutung und Nutzen von Selbstorganisationen und zeigt zusätzlich auf, dass diese auch gezielt angeregt, unterstützt, qualifiziert und auch organisatorisch angebunden werden können, so es sich nicht um eine Bevormundung und Steuerung, sondern um einen gemeinsamen Entwicklungsprozess handelt, der sensibel, respektvoll und mit genügendem Zeitvolumen angegangen wird.

Zugewanderte kommen selbst zu Wort – Gelsenkirchener Befragung

Im Gespräch mit dem Projektverantwortlichen der AWO kam der Gedanke auf, mittels einer Befragung aus Osteuropa zugewanderte Menschen selbst zu Wort kommen zu lassen. Die Integrationslotsinnen und -lotsen sollten dazu ihre Kontakte nutzen und einen vom FH-Projektteam entwickelten Fragebogen den zugewanderten Menschen vorstellen und deren Ergebnisse notieren. Die Integrationslotsinnen und -lotsen führten diese Gespräche zumeist in rumänischer oder bulgarischer Sprache und übersetzten Fragen und Antworten ins Deutsche. Das FH-Projektteam übernahm dabei folgende Aufgaben:

- Entwicklung des Fragebogens
- Auswertung der Ergebnisse
- Anfertigung einer schriftlichen Zusammenfassung der Ergebnisse
- Mündliche Präsentation der Ergebnisse im Rahmen einer kommunalen Veranstaltung

Der Fragebogen sollte dabei bewusst niedrigschwellig und mit verständlichen, alltagsbezogenen Fragen versehen sein. Inhaltlich orientierte er sich an der Integrationstheorie von Alhut und Heitmeyer und umfasste somit drei Dimensionen: eine ökonomische, eine politisch partizipative und eine sozial kulturelle Dimension.

Zur ökonomischen Sphäre wurde u.a. nach Beschäftigungsverhältnissen, Wünschen und Qualifizierungsinteressen gefragt. Der politisch partizipative Part sah u.a. Fragen zur Zufriedenheit in Gelsenkirchen, aber auch zu Änderungswünschen in der Stadt vor. In der sozial-kulturellen Dimension gab es u.a. Fragen zum Verhältnis zu Freunden, Familie sowie zur Nachbarschaft. Die Fragen waren in der Form gemischt: So gab es sowohl offene als auch geschlossene Fragestellungen. Zum Teil konnten mehrere Antworten angegeben werden.

Das Ziel der Befragung war nicht, eine repräsentative Stichprobe zu erzielen und bekannte Theorien zu testen. Erhofft wurden sich vielmehr Einblicke in die Lebenslagen und -welten der zugewanderten Menschen. Sie sollten Raum bekommen, ihre Interessen und Perspektive frei zu entfalten. Entsprechend differenziert gestalteten sich die Antworten. Sie wurden dabei inhaltlich geclustert und so zusammengeführt. Quantitäten konnten so erkannt werden, die wiederum von stellvertretenden Beispielantworten unterfüttert wurden.

Bei der Befragung handelte es sich um ein Pilotprojekt ohne Vorbild. Es gab auch keine Möglichkeit eines Prätestes. Dadurch bedingt zeigten sich bei der Auswertung der Befragung auch einige handwerklichen Baustellen. Einige Fragen müssten im Falle einer Wiederholung anders gestellt werden. Nicht immer waren die Antwortvorgaben ideal. In der Auswertung werden diese

Probleme offen benannt und dargestellt, so dass mögliche Folgeuntersuchungen oder Wiederholungsbefragungen daraus lernen können. Der Rücklauf lag bei 326 Fragebögen. Untersuchungszeitraum waren die Monate Mai bis August 2022. Die Auswertung erfolgte von September bis November 2022 an. Die Ergebnisse lagen Anfang Dezember 2022 in einer ersten Fassung vor. Von den 326 befragten Menschen stammten 72,4% aus Rumänien und 27,3% aus Bulgarien. Ein Mensch bezeichnete sich als Türke. Insgesamt 180 Personen bezeichneten sich selbst als männlich, 146 Personen als weiblich. Niemand gab „divers“ als Geschlecht an. Etwa drei von vier Befragten lebten erst maximal fünf Jahre in Gelsenkirchen, wie die folgende Darstellung zeigt:

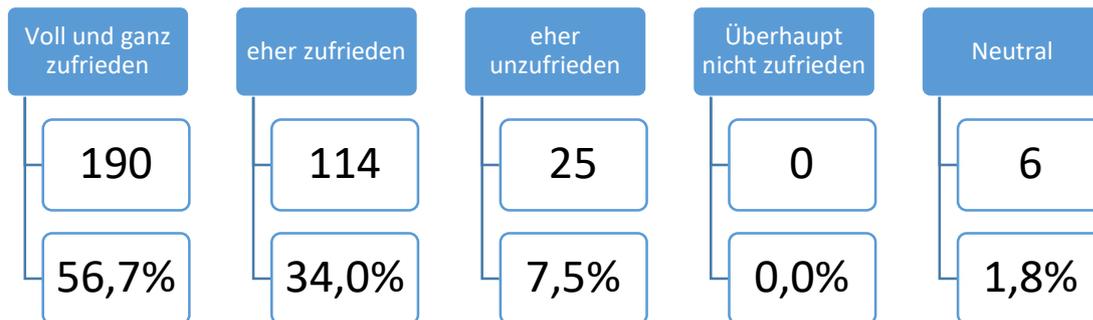
Wohnhaft in Gelsenkirchen



Zentrale Ergebnisse der Studien sollen im Folgenden vorgestellt werden:

Ergebnisse der Befragung aus Gelsenkirchen

Die Befragung startete mit dem Wunsch, die generelle Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit dem Leben in Gelsenkirchen einzuschätzen. Das Ergebnis war recht eindeutig: die Zufriedenheit erwies sich als hoch bis sehr hoch:



Über 90% der Befragten waren somit mindestens eher bis sehr zufrieden und keiner der Befragten überhaupt nicht zufrieden mit dem Leben in Gelsenkirchen.

Diejenigen, die „voll und ganz zufrieden“ waren, gaben folgende beispielhafte Aussagen zur Erklärung ab:

- Ich habe eine sehr gute und große Wohnung für meine neunköpfige Familie gefunden.
- Wie ein neues Zuhause.
- Weil das Leben gesichert ist. Es ist ein Privileg, wenn man arbeitet und krankenversichert ist.
- Hier kann ich meinen Kindern ein würdiges Leben ermöglichen.
- Da mein Mann arbeitet, können wir hier unsere Kinder ernähren.

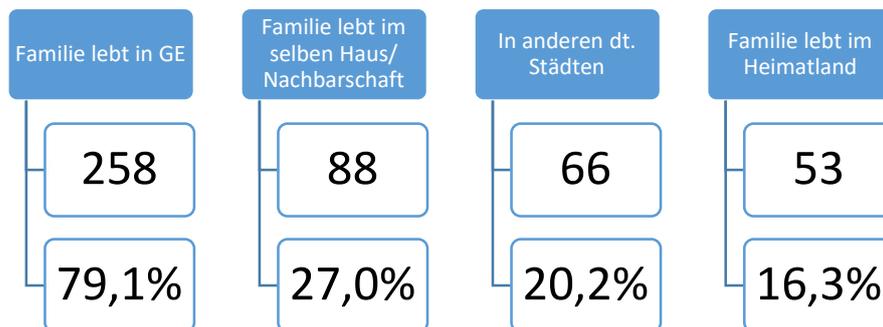
Die Antworten deuten vor allem auf ihr vorheriges Leben hin: Es geht um die Erfüllung primärer Lebensbedürfnisse, wie z. B. die Ernährung der Kinder, eine Wohnung oder auch ein Grundgefühl von Sicherheit. Betont wird u.a. die Möglichkeit, den eigenen Kindern ein Leben in Würde zu ermöglichen. Die Aussagen deuten darauf hin, dass diese Grundbedürfnisse vorher nicht erfüllt wurden. Aus einer menschenrechtlichen Perspektive deuten die Aussagen darauf hin, dass es den Befragten nicht um ein Leben in Luxus oder Wohlstand – wie es von Seiten der politischen Rechten oft vermutet wird – geht, sondern um die Erfüllung menschenrechtlicher Grundstandards.

Interessant sind auch beispielhafte Aussagen derjenigen, die eher unzufrieden mit dem Leben in Gelsenkirchen waren:

- Schwierigkeiten mit Behörden
- Wegen der sprachlichen Barrieren
- Behörden sind nicht verständnisvoll gegenüber Rom*nja

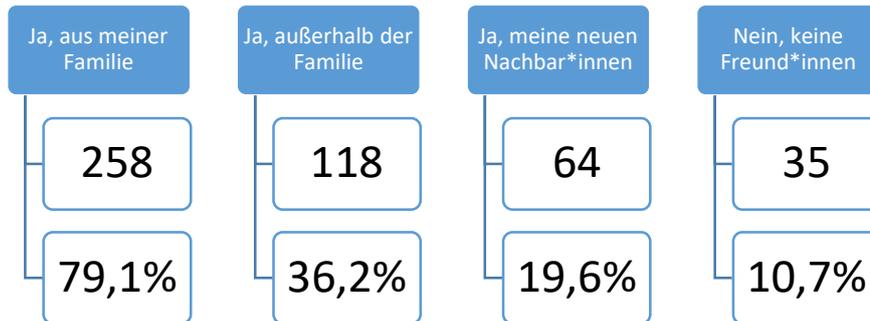
Probleme mit Behörden wurden bei fast allen Befragten, die eher unzufrieden waren, als Hauptgrund für ihre Einschätzung genannt. Hinzu kamen erste Hinweise auf sprachliche Barrieren aber auch auf Hinweise zu antiziganistischen Einstellungen und Verhaltensweisen und dadurch bedingte Handlungen – auch im Kontext staatlicher Verwaltungsapparate. Diese Aspekte werden im späteren Verlauf noch deutlich konkretisiert.

Zur Steigerung der Zufriedenheit gibt es jenseits der generellen Sicherheitsbedürfnisse zwei zentrale Faktoren: die Einbindung in die Familien und der (gute) Kontakt in der Nachbarschaft. Zwei Ergebnisse geben dazu Auskunft. Zunächst wurde gefragt, wie sich die Kontakte zur Familie gestalten. Folgende Antworten zeigten sich:



Fast vier von fünf Befragten haben eine Einbindung in familiäre Strukturen in Gelsenkirchen. Bei jedem/ jeder Vierten lebt die Familie sogar im selben Haus bzw. in der Nachbarschaft. Lediglich 16,3% der Befragten haben keine familiären Anbindungen in Deutschland. Im Quervergleich zeigte sich, dass diese Gruppe fast nie „voll und ganz“ zufrieden mit dem Leben in Gelsenkirchen war und bei den Angaben zu „eher unzufrieden“ deutlich überrepräsentiert ist. Es bestätigte sich somit die These, dass familiäre Anbindungen ein wesentlicher Faktor bei der Einschätzung der Zufriedenheit mit dem Leben in Gelsenkirchen waren.

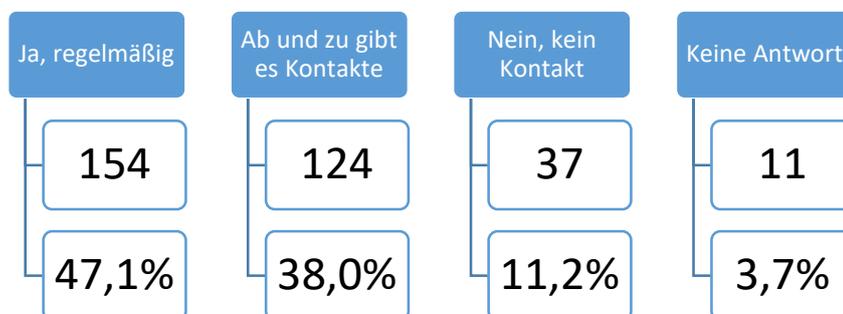
Ein zweiter Faktor war die Anbindung an Freunde und Freundinnen. Gefragt wurde: Haben Sie Freundinnen oder Freunde in Gelsenkirchen? Dazu gab es folgende Antworten:



Die Prozentzahlen stehen im Verhältnis zu n=326. Mehrfachnennungen waren möglich. Daher ergeben sich Prozentzahlen >100%.

In der Befragung wäre es sinnvoll gewesen, eine offene Kategorie – z. B. für Freund*innen auf der Arbeitsstätte – zu ergänzen. In Folgeuntersuchungen sollte hier nachjustiert werden. Trotzdem sind die Daten aussagekräftig. Hier bestätigt sich die elementare Bedeutung der Familien für das Zusammenleben vor Ort. Wer Familie vor Ort hat, steht fast immer mit ihr – trotz aller Konflikte – im freundschaftlichen Kontakt. Lediglich 36,2% der Befragten haben Freund*innen jenseits der Familie gefunden. Mehrheitlich (19,6% von n=326) fanden sich diese in der Nachbarschaft. Etwa jede/ jeder Zehnte konnte bisher keine Freundschaften in Gelsenkirchen schließen.

Ein anderes Bild ergibt sich bei möglichen Kontakten in der Nachbarschaft. Auf die Frage, ob es Kontakte in die Nachbarschaft gibt, ergaben sich folgende Antworten:



Aus den Zusatzantworten ergab sich bei den Befragten, dass den meisten Befragten der Kontakt zur Nachbarschaft überaus wichtig ist. Von daher ist eine Anzahl von weniger als der Hälfte der Befragten, die angaben, regelmäßig

Kontakte zu pflegen, ein eher unterdurchschnittlicher Wert. Diese These findet Bestätigung in den Zusatzantworten zur Frage. Dort heißt es u.a.:

- Jeder ist privat – es gibt kaum Kontakt.
- Nur begrüßen – ansonsten kein Kontakt wegen der sprachlichen Barrieren.
- Wir sehen, dass die Nachbar*innen nicht so offen und hilfsbereit sind wie in Rumänien.
- Alle meine Nachbar*innen sind Deutsche – die wollen keinen Kontakt zu uns.
- Wir sind wie eine große Familie.
- Leider nicht – das sind alles Deutsche und die wollen keinen Kontakt.
- Ich und meine Nachbarinnen trinken jeden Morgen Kaffee zusammen. Im Sommer sitzen wir im Hinterhof.
- Die Nachbar*innen mögen uns nicht, weil wir vier Kinder haben. Alle sagen, sie seien zu laut.
- Ich habe rumänische Nachbar*innen – aber wir haben keinen engen Kontakt, weil sie aus einer anderen Gemeinde kommen.
- Meine Familie besuche ich täglich. Die anderen sind Türken und wir verstehen uns sehr gut.

In diesen „typischen“ und vermehrten Antworten zeigt sich einerseits eine gewisse Enttäuschung und Befremdung zur Qualität der Nachbarschaftspflege und andererseits finden sich auch Hinweise auf größere Gemeinschaften. Bei einer genaueren Draufsicht zeigte sich, dass die Beispiele für Gemeinschaften deutlich überproportional bei jenen auftauchten, deren Familie/ Freund*innen im Haus lebten. Mehrere Beispiele gab es auch für „gute“ Nachbarschaften mit Familien mit anderen Migrationsgeschichten. Kein Beispiel fand sich für einen „guten“ Kontakt zu „deutschen“ Nachbarn – allerdings fehlte dafür auch die nötige Kontrollfrage, so dass diese Aussage nur als Arbeitshypothese betrachtet werden darf. Deutlich wird jedoch der Wunsch vieler Befragter, entsprechende Kontakte auch jenseits ihrer Communities zu schließen sowie die damit verbundenen Probleme und Erfahrungen der Ablehnung z. B. aufgrund der Herkunft oder auch durch die Anzahl der Kinder und damit verbundener Auswirkungen auf die Hausgemeinschaft.

Ein sehr ähnliches Bild zeichnet sich auch in den „typischen“ Zusatzaussagen zur Freundschaft ab:

- Meine ganze Familie lebt in Gelsenkirchen.

- Ich würde mir wünschen, Kontakt mit anderen Menschen zu haben, mit Deutschen und anderen Nationalitäten, um uns besser kennenzulernen und Missverständnisse abzubauen.
- Ich habe viele neue Freundinnen gefunden. Sie sind auch aus Rumänien.
- Ich habe nur rumänische Freunde.
- Familienmitglieder. Wir schaffen nicht, uns mit Leuten aus anderen Kulturen anzufreunden, wegen Sprachbarriere und Vorurteile.
- Meine neuen Nachbar*innen sind aus dem Kosovo und wir verstehen uns sehr gut. Wir grillen manchmal zusammen.
- Arbeitsfreunde. Mein neuer Nachbar ist ungarisch, aber er spricht auch rumänisch. Wir spielen zusammen Fußball.

Auch hier zeigt sich die Bedeutung der Familie und der eigenen Communities. Sie binden die Menschen vor Ort ein und wo dies gelingt, ist die Zufriedenheit höher. Mehrere Beispiele gab es auch für Kontakte zu Menschen mit anderen Migrationsgeschichten. Trotzdem zeigen sich auch größere Hürden bei der Kontaktaufnahme. Als Gründe dafür zeigen sich neben Sprachbarrieren auch Vorurteile und diskriminierende Einstellungen und Handlungen ab.

Die Sprachbarrieren bestätigen sich bei der Frage nach den Sprachkompetenzen der Befragten. Dazu wurden folgende Angaben gemacht:

Sprache	Anzahl	% von n=326
Rumänisch	234	71,8%
Romanes/ Romani	181	55,5%
Bulgarisch	137	42,0%
Deutsch	71	21,8%
Türkisch	46	14,1%
Englisch	32	9,8%
Spanisch	28	8,9%
Italienisch	16	4,9%
Griechisch	2	0,6%
Serbisch	1	0,3%
Ungarisch	1	0,3%
Serbokroatisch	1	0,3%

Die überwiegende Mehrheit der Befragten weist auf mehrsprachige Kenntnisse hin und zeigt somit erhebliche sprachliche Ressourcen auf. In Bezug auf das Leben in Gelsenkirchen zeigen sich aber auch deutliche Schwierigkeiten: Nur 21,8% geben die deutsche Sprache an und weniger als jede/ jeder Zehnte

spricht Englisch. Somit beherrscht nur eine kleine Minderheit die hiesige Geschäftssprache und nur 9,8% können auf Englisch – die in Deutschland verbreitetste Zweisprache – ausweichen.

Sprachliche Hürden im Alltag sind somit unausweichlich. Hinzu kommt, dass in den eigenen Communities oft in der Heimatsprache kommuniziert wird. Dadurch verstärkt sich der sprachliche Effekt: Wo Familie und Freund*innen und Nachbarschaften nicht auf Deutsch kommunizieren, fällt auch das Erlernen der Sprache schwer und die an sich vorhandenen Wünsche nach mehr Kontakten z. B. zu deutschsprachigen Personen stehen vor einer großen Sprachbarriere.

Trotz dieser Sprachbarrieren scheint die Integration der Befragten in den Arbeitsmarkt gut zu funktionieren. Von den Befragten gaben 69,02% an derzeit in Arbeit zu sein. Zu den 28,22%, die nicht in Arbeit waren, gehörten vor allem Mütter mit mehr als zwei, zumeist noch sehr jungen Kindern sowie einige derzeit kranke Menschen. Keine Angaben machten 2,76%.

Die formalen Bildungsvoraussetzungen sind dabei bei den Befragten im Vergleich zur deutschen Durchschnittsbevölkerung unterdurchschnittlich. Lediglich 1,8% der Befragten verfügten über einen Hochschulabschluss. Hinzu kommen jedoch 7,4% die angaben, eine Schule in den Klassen 11-13 besucht bzw. einen abiturähnlichen Abschluss zu haben. Auch gaben nur 2,1% der Befragten eine fertige Berufsausbildung als höchsten Abschluss an. Auf der anderen Seite der Skala gab es 7,4% der Befragten, die keine Schule besucht haben. Weniger als 5 Jahre gingen 14,3% der Befragten zur Schule. Einen Besuch der Grundschule, die in Rumänien länger als in Deutschland dauert, gaben 17,3% der Befragten an. Der Rest ging nach eigenen Angaben zwischen 8 und 10 Jahren auf eine Schule.

Für die Integration in den Arbeitsmarkt scheint dies keine unüberwindbare Hürde zu sein. Ihre soziale Position zwingt sie auch zur Annahme nahezu jeder Arbeit (Vgl. Dörre u.a. 2013, S. 134ff). Die Auflistung der genannten aktuellen Arbeitsverhältnisse zeigt jedoch eine deutliche Verortung im systemrelevanten Niedriglohnsektor:

Arbeit als....	Anzahl	Prozent (n=225)
Paketzustellung	55	24,4%
Reinigungskraft	47	20,9%
Baugewerbe	39	17,4%
Lagerarbeiter	21	9,3%
Zeitungszustellung	18	8,0%
Fahrer	12	5,3%
Zimmerpersonal	6	2,7%

Blumenservice	6	2,7%
Pflege	5	2,2%
Konditorei	3	1,7%
Friseur	2	1,3%
Sozialberatung	2	1,3%
Koch	2	1,3%

Es zeigt sich eine eindeutige Verankerung in prekären, körperlich stark anstrengenden und zumeist unterdurchschnittlich bezahlten Arbeitsbereichen, die wiederum für das Funktionieren des hiesigen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems unabdingbar sind. Eine ethnische Auffälligkeit zeigte sich im Baugewerbe: hier arbeiteten mit einer Ausnahme bulgarische Männer.

Interessant war diesbezüglich eine Gegenüberstellung anhand der Frage, welche Berufswünsche denn vorhanden seien. Hier zeigen sich große Ressourcen für den hiesigen Arbeitsmarkt.

Genannte Jobwünsche	Angaben
Fahrer (inkl. LKW)	59
Friseurwesen/ Kosmetik	18
Küche/ Gastronomie	15
Technische Bereiche	12
Erzieher*in	12
Maler*in	10
Kaufmännische Bereiche	10
Reinigungskraft	8
Pflege	8
Bäckerei	8
Koch/ Köchin	6

Vor allem bei den Männern war der Wunsch, LKW-Fahrer zu werden, sehr ausgeprägt. Insgesamt dominieren „klassische“ Ausbildungsberufe in Bereichen, in denen fast alle Facharbeitskräfte dringend gesucht werden. Hierfür fehlen den Befragten jedoch häufig (noch) die formalen und sprachlichen Voraussetzungen.

Aufschlussreich zu den Potentialen und Ressourcen waren auch zusätzliche Aussagen der Befragten. Dazu gehörten:

- Sowas hat mich noch nie jemand gefragt. Ich habe auch nie darüber nachgedacht und hatte auch nie eine Wahl.
- Leider geht es nicht, da ich sechs Kinder habe.
- Ich wäre gerne Bäckerin. Ich habe viele Jahre Berufserfahrung, aber ich kann die Sprache nicht gut genug.
- Ich möchte die gleiche Arbeit im Lager – aber direkt für Penny und nicht für ein Subunternehmen.
- Automechaniker – ich habe damals in Rumänien eine Ausbildung abgeschlossen.
- Da ich neun Kinder habe, habe ich bisher noch nicht gearbeitet. Ich könnte mir aber eine Arbeit als Reinigungskraft vorstellen.

Die Aussagen mit Bezügen zu den Kindern stammen ausnahmslos von Frauen mit mindestens sechs Kindern – sie stemmen einen Großteil der Familien- und Heimarbeit und haben somit kaum Ressourcen für eine zusätzliche Arbeitsstelle. Interessant ist auch der Hinweis, noch nie gefragt worden zu sein. Diese Menschen hatten bisher keine Wahl, sondern mussten nehmen, was sie irgendwie bekamen, um ihr Überleben zu erwirtschaften. Mehrfach gab es auch Hinweise auf z. T. langjährige Berufserfahrungen in Arbeitsfeldern, die dringend Fachkräfte suchen. Als Hürden werden dabei einerseits fehlende Sprachkenntnisse und andererseits in Deutschland nicht akzeptierte Ausbildungsabschlüsse genannt. In vielen Fragebereichen wurde auch auf das Problem der Anstellung der Befragten bei Subunternehmen genannt. Sie leisten im Betrieb dieselbe Arbeit wie die Festangestellten, erhalten aber deutlich weniger Lohn und haben weniger arbeitsrechtliche Absicherungen. Dies führt zu großer Unzufriedenheit bei den Betroffenen.

Insgesamt deutet sich hiermit eine große Ressource für Arbeitsfelder in Ausbildungsberufen an. Über die Hälfte der Befragten (50,31%) signalisierte auch explizit den Wunsch und die Bereitschaft zur beruflichen Weiterqualifizierung. Bei den zehn zumeist genannten Bereichen für eine solche Maßnahme dominieren Sprach- und Ausbildungswünsche, wie die folgende Übersicht verdeutlicht.

Qualifizierungswunsch	Anzahl
Führerschein	18
Sprachkurs	17
Technische Ausbildung	14
Malerei/ Lackiererei	11
Koch/ Köchin	10

Erzieher*in	10
Friseurwesen/ Kosmetik	9
Garten/ Landschaftsbau	8
Pädagogischer Bereich	8
Ausbildung (unbestimmt)	7

Die Sprachbarriere zeigt sich auch in anderen Bereichen des Alltags, z. B. bei der Integration der Kinder und Jugendlichen der befragten Familien. Etwa dreiviertel der Befragten mit Kindern gaben an, keine Probleme mit der Kita oder Schule zu haben. Wenn Probleme auftauchten, wurden dafür mit überwiegender Mehrheit sprachliche Barrieren genannt. Etwa ein Drittel der Befragten mit Problemen in Kita oder Schule nannten dafür organisatorische Probleme, wie die folgenden Beispielaussagen zeigen:

- 4 Kinder: Die Kinder gehen nicht alle auf die gleiche Schule. Dadurch ist es schwer für mich, dass alle pünktlich ankommen. Die Lehrerinnen sind nicht bereit, das zu entschuldigen und lassen die Kinder dann draußen warten.
- Sehr schwer, alle acht Kinder in die Schule zu bringen. Meine Frau muss alles allein machen, da ich arbeite.

Bemerkenswert ist der Satz, dass die zu spät kommenden Kinder dann nicht in den Unterricht dürften, sondern draußen vor der Tür zu warten hätten. Sicherlich stören Verspätungen den Unterricht. Dennoch könnten Umgangsformen gefunden werden, die weniger auf Kosten der betroffenen Kinder gingen. Das Beispiel deutet auf wenig Verständnis für die jeweils andere Seite hin und zeigt so auch wieder eine Ressource auf: Über Aufklärung und die Suche nach Verständigung in beide Richtungen ließen sich hier vielleicht Brücken des besseren Zusammenlebens bauen.

Vor allem sollten solche Fälle nicht fehlerhaft als Desinteresse an Bildung und Schule gedeutet werden. Gefragt wurde auch nach den Wünschen für die Kinder (Was wünschen Sie sich für die Zukunft Ihrer Kinder?) und es wurden keine Antwortoptionen vorgegeben. Am häufigsten nannten die befragten Eltern einen Schulabschluss, noch vor Gesundheit oder Glück:



Erst danach folgen in dieser Reihenfolge: Gesundheit, Sicherheit und Glück im Leben. Die Auflistung zeigt den sehr hohen Wert von Schule, Bildung, Ausbildung und Jobsuche. Auch hier spiegelt sich die Erfahrung der Familien aus großer ökonomischer Not wider. Bildung wird als Schlüssel zur Integration und Schaffung von ökonomischer Sicherheit verstanden.

Ähnlich gestalteten sich auch die Antworten nach den eigenen Wünschen für die Zukunft. Auch wurde offen gefragt und am häufigsten der Wunsch nach Arbeit genannt:



Es folgen in der Reihenfolge die Wünsche nach Sicherheit (22 von 236) und einem Ende der Diskriminierung (14 von 236). Mehrfachnennungen waren dabei möglich. Das Ergebnis ist in mehrfacher Hinsicht spannend. Auch hier dominiert die Bedeutung von Arbeit. Erkennbar ist aber auch der Wunsch, die deutsche Sprache zu lernen. Keine Wünsche äußerten fast jede/ jeder Zehnte. Sicherheit und ein Ende der Diskriminierung sind ebenfalls deutlich artikulierte Wünsche.

Die Befragung zielte neben der Erhebung dieser recht persönlichen Ansichten auch darauf, Menschen, die häufig die Erfahrung der Objektivierung Ihrer selbst machen mussten, die Möglichkeit zur Mitgestaltung ihrer Wohnumfelder und -orte zu machen. Sie werden somit als Subjekt der

Gestaltung und nicht als Objekt von Maßnahmen oder Programmen gesehen und entsprechend angesprochen. Dies erfolgte auch im Sinne der Grundidee dieser Fördermaßnahme, innerhalb derer die Befragung stattfinden konnte. Konkret gab es dazu drei offene Fragen:

1. Was gefällt Ihnen in Gelsenkirchen?
2. Was gefällt Ihnen nicht in Gelsenkirchen?
3. Was müsste in Gelsenkirchen verbessert werden?

Bei allen drei Fragen gab es keine Vorgaben möglicher Antworten und wurde offen gefragt.

Die Antworten zur ersten Frage bestätigen noch mal, die Stadt Gelsenkirchen viel positive Zustimmung bekommt. Die häufigsten Antworten lauteten:



Deutlich zeigt sich der Stellenwert nach Beratungsangeboten in der Muttersprache, die Brücken der Integration bauen können und den Menschen ermöglichen, ihre Rechte und Pflichten kennenzulernen. In den Antworten gab es mehrfach sehr emotionale Zuwendungen für die Mitarbeiter*innen der AWO und der Diakonie, deren Stellenwert für die Befragten enorm sein dürfte. Auch hier bestätigen sich wieder die Bedeutungen von Arbeit und Wohnen für diese Menschen. Bemerkenswert ist aber auch die erkennbare Identifikation mit der Stadt an sich. Die Befragten outen sich als „Lokalpatriot*innen“ ihrer neuen Heimat.

Eine Auswahl „typischer“ Antworten soll das Ranking noch mal verdeutlichen:

- Ich bin zufrieden, dass ich meine Familie ernähren kann und wir ein Dach über dem Kopf haben.
- Man kann mit offenen Augen von einem besseren Leben träumen.

- Dass wir eine Chance bekommen, dass unsere Kinder eine gute Zukunft bekommen.
- Hier fühle ich mich frei und sicher.
- Wir haben auch Wasserzugang und im Winter läuft die Heizung.
- Ohne die Beratungsstellen von AWO/ Diakonie, die auf Rumänisch über Rechte und Pflichten aufklären, kann ich nicht klarkommen.
- Das Leben ist leichter hier. Man hat Leitungswasser und Wärme. Der Staat unterstützt die Familien durch soziale Leistungen.
- Das Leben in Gelsenkirchen ist wunderschön.
- Das Leben ist viel besser hier als in Rumänien. Mein Mann hat Arbeit, die Kinder gehen zur Schule.

Sehr deutlich zeigen sich Wünsche nach einem ökonomisch und sozial gesichertem Leben, dass vor allem den Kindern die Chance auf ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Erheblich weniger Antworten gab es auf die Frage, was in Gelsenkirchen denn nicht gefalle. Folgende Antworten wurden am häufigsten genannt:

Platz 1: Keine Angabe (90 von 336)

Platz 2: Bürokratie/ Briefe aus der Verwaltung (86 von 326)

Platz 3: Sauberkeit (52 von 326)

Platz 4: Erfahrungen mit Diskriminierung (31 von 326)

Platz 5: Entfernung zur Schule der Kinder (17 von 326)

Etwa ein Viertel der Befragten ließ die Option der Antwort offen und gab nichts an. Dies kann unterschiedlich gedeutet werden, ist aber als Befund auffällig. Am häufigsten kritisiert wurden die Kontakte und Erfahrungen mit der Bürokratie und den Behörden von Stadt und Land. Knapp jede zehnte Person erwähnte von sich heraus u.a. behördliche Briefe, die nicht verstanden würden und zu großer Verunsicherung beitragen. Ohne die Mittlerstellen der AWO und Diakonie dürfte dieses Problem noch erheblich größer sein. Die allgemeinen Sprachbarrieren dürften sich im Umgang mit Behörden noch einmal deutlich verstärken. Zwei kommunikative Systeme prallen hier aufeinander: ein Sprachsystem, in dem Rechtssicherheit durch Hinweise auf Gesetze und Verordnungen hergestellt wird, was sich verbindet mit einem Kommunikationsstil, der Behörden prägt und ein Sprachsystem, in dem die deutsche Sprache an sich schon nur von einer Minderheit (siehe oben) gesprochen und verstanden wird und welches eher im Alltag geübt wird und

nicht im juristischen bzw. verwaltungswissenschaftlichen Diskurs verhaftet ist. Hinzu kommt die enorme Bedeutung der Inhalte der Briefe für die Betroffenen. In ihnen erfahren Sie über Hilfen oder Ablehnungen.

Es handelt sich somit einerseits um ein grundsätzliches Kommunikationsdilemma. Andererseits gibt es auch Hinweise von immerhin fast zehn Prozent der Befragten, die Hinweise auf Diskriminierungserfahrungen geben und diese primär im Umgang mit Behörden und staatlichen Institutionen verorten. An dieser Stelle wären Folgeuntersuchungen unbedingt zu empfehlen. Die Daten dieser Befragung reichen nur, um auf das Problemfeld hinzuweisen. Sie genügen aber nicht, um es auszuleuchten, zu analysieren und die genauen Sichtweisen und Konfliktfelder zu rekonstruieren und zu bewerten. Einige Hinweise finden sich für mögliche Folgeuntersuchungen in der Auflistung der „typischen“ Antworten:

- Zu viele, unverständliche, behördliche Briefe (28 Erwähnungen).
- Die Menschen gucken uns böse an und beleidigen uns.
- Dass die Menschen manchmal böse oder schlecht ohne Grund sind.
- Da man die deutsche Sprache nicht gut genug kennt, ist man in vielerlei Hinsicht begrenzt.
- Behörde nicht nett mit Ausländern (speziell mit Roma) (5 Erwähnungen).
- Ich mag nicht, dass die Behörden nicht versuchen, uns zu verstehen.
- Die Behörden sind sehr streng. So möglich sollen wir nur deutsch sprechen. Keine andere Sprache ist erwünscht. Niemand spricht z. B. englisch.
- Sperrmüll und Ratten auf dem Kinderspielplatz.
- Dass die Menschen über uns schlecht reden. Sobald Du rumänisch sprichst, gucken die Dich ganz anders an.
- Arbeitsverhältnisse (zu viele Subunternehmen machen mit uns, was sie wollen – Viel Arbeit für wenig Geld).

Zusätzlich interessant sind auch die Hinweise auf fehlende Sauberkeit im Wohnumfeld. Medial wird das Thema in Gelsenkirchen oft diskutiert. Immerhin 16,5% der Befragten erwähnten diese Problematik auf die Frage, was ihnen in Gelsenkirchen nicht gefallen. Hier zeigt sich zumindest am Rande auch eine Ressource zur Lösung konkreter Probleme in den Communities – auch sie stören sich daran und wollen es verändern, so es Probleme gibt.

Die Antworten auf die offene Frage, was sich in Gelsenkirchen aus der Sicht der Befragten ändern sollte, lesen sich wie eine knappe Zusammenfassung der gesamten Befragung:

Platz 1: Umgang bei und Hilfe mit Behörden (114 von 326)

Platz 2: Keine Angaben (81 von 326)

Platz 3: Sauberkeit (38 von 326)

Platz 4: Zugang zum Wohnungsmarkt (31 von 326)

Platz 5: Antidiskriminierung (29 von 326)

Mit größerem Abstand wird auch hier auf das Kommunikationsproblem mit Behörden hingewiesen. Von den 114 Antworten baten immerhin 23 primär um Übersetzungen der Gespräche und Briefe, um so die Probleme für beide Seiten zu reduzieren. Knapp 25% der Befragten gaben keine Veränderungswünsche an. Im Quervergleich fiel auf, dass die überwiegende Mehrheit dieser Gruppe in Gelsenkirchen wahlweise „alles“ oder die „Stadt an sich“ gefiel. Das Ergebnis lässt sich somit als große Zufriedenheit deuten. Diejenigen, die Sauberkeit auf die Frage nannten, was ihnen nicht gefalle, bezogen sich oft auch dasselbe Thema bei dieser Fragestellung. Der Zugang zum Wohnungsmarkt markiert noch mal Hinweise aus den erstgenannten Ergebnissen: Viele dieser Menschen kämpf(t)en um ihre Existenz und Erfüllung von Grundbedürfnissen. Etwa 9% der Befragten wünschen sich den Abbau von diskriminierenden Strukturen und Kulturen in Gelsenkirchen. Bemerkenswert ist dabei, dass diese Antwortoption nicht vorgegeben wurde. Sie spiegelt somit ein unmittelbares Bedürfnis dieses Teils der Befragten wider.

Auch hier soll eine Auswahl der „typischen“ Antworten zur Verständlichkeit beitragen:

- Bei Behörden sollte es mehr Empathie und weniger Bevormundung geben.
- Bildung der Menschen über andere Kulturen. Es gibt kein ehrliches, multikulturelles Zusammenleben.
- Der Zugang zu einer Mietwohnung ist über reguläre Wege fast unmöglich.
- Mehr Hilfe bei Behörden. Wir kriegen Probleme ohne Grund und Schwierigkeiten, nur weil wir Ausländer sind.
- Es müssten mehr Menschen aus unserer Community aktiviert werden, um andere Neuzugewanderte z. B. bei Behördengängen zu unterstützen oder auch um zu erklären, welche Regeln es hier gibt und wie sie befolgt werden müssen.

- Mehr Respekt und Akzeptanz für Rumänen.

Schlussfolgerungen und Umgang mit der Befragung

Sinnvoll wäre eine gemeinsame Auswertung der Ergebnisse der Befragung mit folgenden Gruppen:



Die wissenschaftliche Begleitung kann diese Ergebnisse vorstellen. Die genaue Analyse sollte jedoch den Expert*innen vor Ort überlassen werden. Solche Dialogveranstaltungen sind aus anderen Themenzusammenhängen gut bekannt, könnten einerseits Problemfelder konkretisierten und andererseits auch gleichzeitig schon unterschiedliche Sichtweisen auf diese Felder aufzeigen (Vgl. Borstel 2017). Die Befragung gibt auch zahlreiche Hinweise auf große Potentiale und Ressourcen bei der ursprünglichen Adressat*innengruppe der Maßnahme (Vgl. dazu auch Klatt/ Walter 2011 und Hoeft u.a. 2014). Diese sollten einen Schwerpunkt des Austausches bilden und dahingehend diskutiert werden, wie diese Ressourcen für das gemeinsame Zusammenleben in Gelsenkirchen noch mehr entfesselt und besser genutzt werden könnten.

Ein entsprechendes Vorgespräch im November 2022 in den Räumen der AWO Gelsenkirchen verlief konstruktiv und vertrauensbildend. Gemeinsame Kooperationen zwischen den drei oben genannten Gruppen wurden vorbesprochen und mündlich verabredet. Einen Auftakt sollte eine gemeinsame Dialogveranstaltung am 13. Dezember 2022 in Gelsenkirchen machen. Diese musste von Seiten der Stadtverwaltung kurzfristig aus

organisatorischen Gründen abgesagt werden. Eine Nachfolge- oder Wiederholungsveranstaltung war zum Zeitpunkt dieses Berichtes nicht geplant.

4. Informationsreihe für die Kommunen -Podcast Reihe der wissenschaftlichen Begleitung

Sowohl von Seiten der beteiligten Kommunen als auch von den Befragten in der Gelsenkirchener Untersuchung wurde auf den Bedarf hingewiesen, Wissen und Informationen über die betroffenen Menschen zu erhalten. Die wissenschaftliche Begleitung hat diesen Bedarf aufgenommen und im Rahmen der Begleitung eine Serie von Podcasts erstellt. Sie umfassen folgende Themenfelder:

1. Romani language and cultures
2. Roma history (slavery and Holocaust), legacy and reparations
3. Roma experience under Communism
4. Recent Roma history in Europe and political movement
5. Roma identity between unity and radical diversity
6. Antigypsyism
7. Education of Roma children in Europe (migrant children and Eu policies)
8. School mediation for Roma – qualifying Roma school mediators

Die Podcasts werden auf Wunsch den beteiligten Kommunen und Projektpartner*innen zur Verfügung gestellt und können von diesen intern oder auch öffentlich genutzt werden.

5. Schlussfolgerungen

Im Projekt dominierten die Schwierigkeiten der beteiligten Kommunen bei der Umsetzung der Maßnahmen. Diese waren nicht nur, aber auch pandemiebedingt. Es fehlten in der Regel die kommunikativen Brücken zur Adressat*innengruppe, um überhaupt für die Idee der Maßnahme zu werben, so dass die erhofften Prozesse gar nicht erst gestartet werden konnten. Diese Brücken konnten im Rahmen der Maßnahme nur in Gelsenkirchen dargestellt werden, führten aber auch dort nicht zur Umsetzung der Maßnahme im ursprünglichen Sinne. Die Hintergründe für diese Probleme wurden eingangs analysiert. Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus aber für zukünftige Maßnahmen wie auch für kommunale Strategien im Themenfeld schließen? Die folgende Auflistung in Thesenform erhebt dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern versteht sich als Impuls für kommunale, wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Debatten:

1. Der kommunikative Zugang zur Adressat*innengruppe entscheidet über das Gelingen möglicher vergleichbarer Maßnahmen.
2. Dieser kommunikative Zugang kann von Trägern der Mehrheitsgesellschaft nicht als Bringschuld an die Vertreter*innen der Minderheiten formuliert werden, sondern es bedarf des gemeinsamen Aufeinanderzugehens. Ideale Mittlerinnen sind dabei Selbstorganisationen aller Art, die eine Brücke zwischen Vertreter*innen der Mehrheit und der Minderheit organisieren können und von beiden Seiten einen Vertrauensvorschuss genießen.
3. Bund, Länder und Kommunen sollten den Aufbau, die Verstärkung und – wo gewünscht – auch die Professionalisierung entsprechender Selbstorganisationen pflegen und aktiv unterstützen.
4. Maßnahmen im Bildungsbereich konkurrieren mit Arbeitsstätten im unteren Lohnsegment und müssen mit diesen auch finanziell konkurrieren können, um attraktiv und annehmbar zu sein.
5. In den Communities gibt es Ressourcen, Wünsche und Potentiale zur Ausbildung dringend benötigter Fachkräfte.
6. Die Sprachbarrieren sollten durch deutlich erweiterte Sprachkursangebote reduziert werden.
7. Dringend nötig sind Forschungen, konkrete Maßnahmen und örtliche Diskurse aller Beteiligten, die den zahlreichen Hinweisen auf Diskriminierungserfahrungen offensiv nachgehen und entsprechende Strukturen, Kulturen oder auch Einzelproblematiken aufdecken und aufzuheben versuchen.
8. Folgebefragungen nach dem Vorbild der Gelsenkirchener Untersuchung mit entsprechend angepassten Frageinstrumenten erhellen die kommunalen Situationen, Ressourcen und Probleme. Sie lassen jene zu Wort kommen, über die viel und mit denen wenig gesprochen wird.

Literaturverzeichnis

Benz, Wolfgang (2014): Sinti und Roma: Die unerwünschte Minderheit. Über das Vorurteil Antiziganismus, Berlin

Borstel, Dierk (2017): Community Coaching, in: Bozay, Kemal/ Borstel, Dierk (Hrsg.): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden, S. 435-446

Cudak, Karin (2017): Bildung für Newcomer. Wie Schule und Quartier mit Einwanderung aus Südosteuropa umgehen, Wiesbaden

- Dörre, Klaus u.a. (2013):** Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik, Frankfurt
- Geiges, Lars u.a. (2017):** Lokale Konflikte um Zuwanderung aus Südosteuropa. „Roma“ zwischen Anerkennung und Ausgrenzung, Bielefeld
- Gramelt, Katja (2010):** Der Anti-Bias-Ansatz. Zu Konzept und Praxis einer Pädagogik für den Umgang mit (kultureller) Vielfalt, Wiesbaden, S. 195-204
- Heitmeyer, Wilhelm/ Anhut, Raimund (Hrsg.) (2000):** Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen, Bielefeld
- Hoeft, Christoph u.a. (2014):** Wer organisiert die „Entbehrlichen“? Viertelgestalterinnen und Viertelgestalter in benachteiligten Sozialquartieren, Bielefeld
- Klatt, Johanna/ Walter, Franz (2011):** Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement, Bielefeld
- Klein, Anne (2017):** Paradise lost? Antiziganismus als europäisches Dispositiv, in: Bozay, Kemal/ Borstel, Dierk (Hrsg.): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden, S. 103-124
- Leggewie, Claus (2020):** Experimentierfeld der Europäisierung. Das Ruhrgebiet: Was es war, ist und werden könnte, in: Internationale Politik Spezial, Nr. 1, S. 4-10
- Reimer, Julia (2020):** Zwischen Marginalisierung und Selbstbehauptung. Lebens- und Bildungswege von Sinti- und Roma-Frauen in Deutschland, Weinheim/ Basel
- Scherr, Albert/ Breit, Helen (2020):** Diskriminierung, Anerkennung und der Sinn für die eigene soziale Position. Wie Diskriminierungserfahrungen Bildungsprozesse und Lebenschancen beeinflussen, Weinheim/Basel
- Scherr, Albert/ Sachs, Lena (2016):** Bildungsbiografien von Sinti und Roma. Erfolgreiche Bildungsverläufe unter schwierigen Bedingungen, Berlin
- Sonnenberg, Tim (2020):** Wohnungslosigkeit – eine phänomenologische Analyse, in: Borstel, Dierk u.a. (Hrsg.): Die „Unsichtbaren“ im Schatten der Gesellschaft. Forschungen zur Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Dortmund, Wiesbaden, S. 19-73
- Ther, Philipp (2016):** Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Frankfurt

